

Eidgenössisches Polizei- und Justizdepartement EJPD
Staatssekretariat für Migration SEM

Bern, 19. November 2019/YB
VL Vorläufige Aufnahme

Per Mail an vernehmlassungSBRE@sem.admin.ch

**Änderung des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration (AIG):
Einschränkungen für Reisen ins Ausland und Anpassungen des Status der vorläufigen Aufnahme
Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen**

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung der oben genannten Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

Mit der vorliegenden Gesetzesanpassung werden zwei von der Bundesversammlung überwiesene Motionen, denen die FDP-Fraktion zugestimmt hat, umgesetzt. FDP.Die Liberalen stimmen der dafür nötigen Anpassung des Ausländer- und Integrationsgesetzes im Grundsatz zu. Im Folgenden nehmen Sie Kenntnis von unseren Erwägungen.

Umsetzung der Motion 18.3002

Die FDP fordert schon lange, dass der Status der vorläufigen Aufnahme angepasst wird. Die parlamentarische Beratung hat gezeigt, dass die Anpassung der vorläufigen Aufnahme nicht in einem grossen Wurf, sondern punktuell angegangen werden soll. Wir haben deshalb die Motion 18.3002, die namentlich den Wechsel des Wohnkantons zwecks Arbeitsaufnahme vereinfachen soll, angenommen. Darüber hinaus verlangt die Motion eine Änderung des Begriffs „vorläufige Aufnahme“.

Letztere Forderung wird mit der vorliegenden Änderung nicht umgesetzt, weil sich der Begriff „vorläufige Aufnahme“ im Asylrecht etabliert hat und weil er die Rechtstellung präzise wiedergibt. Diese Argumentation des Bundesrats ist nachvollziehbar und wir können ihr zustimmen. Dem Wunsch nach einer Änderung der Begrifflichkeit liegt die Überlegung zugrunde, dass die Vorläufigkeit, die durch den Begriff „vorläufige Aufnahme“ zum Ausdruck kommt, ein berufliches Integrationshindernis darstellen könnte. Letztlich sind für die Arbeitsintegration wohl aber andere Faktoren relevanter als die Terminologie – so etwa die Vereinfachung des Kantonswechsels. Wir stimmen der Vereinfachung des Kantonswechsels unter den vorgeschlagenen Bedingungen zu. Wer voraussichtlich länger in der Schweiz bleiben wird, soll möglichst rasch beruflich Fuss fassen können. Denn: Je besser die Arbeitsintegration gelingt, umso tiefer fallen Sozialhilfekosten aus.

Umsetzung Motion 15.3953

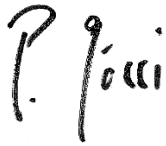
Die FDP unterstützt das explizite Verbot von Reisen in den Heimat- oder Herkunftsstaat für vorläufig Aufgenommene. Die gesetzliche Angleichung an den Status der anerkannten Flüchtlinge ist richtig, denn es gibt keinen ersichtlichen Grund gegen ein explizites Heimreiseverbot. Wer in der Schweiz ein Schutzbedürfnis geltend macht, darf sich nicht unter den Schutz des Landes begeben, aus dem sie oder er geflüchtet ist.

Wir unterstützen zudem das Verbot von Reisen in weitere Staaten, wie es der Bundesrat vorschlägt. Auslandsreisen sind für vorläufig Aufgenommene heute bereits bewilligungspflichtig, da vorläufig Aufgenommene über keine schweizerischen Reisepapiere verfügen. Sie müssen deshalb entweder schweizerische Reisepapiere oder ein Rückreisevisum beantragen (Art. 7 und 9 RDV). Beides ist nur unter strengen Bedingungen möglich. Faktisch besteht heute bereits ein Reiseverbot mit Ausnahmen. Die Verankerung eines expliziten Verbots im AIG schafft juristisch Klarheit und ist im Hinblick auf die Verhinderung von Umgehungen des Heimreiseverbots richtig. Wir begrüssen aber, dass das Reiseverbot nicht absolut ist; die Migrationsbehörden werden auch in Zukunft Ausnahmen für Auslandsreisen sprechen können. Wir erwarten vom Bundesrat, dass er sich an den heute gültigen Reisegründen orientiert und dass auch in Zukunft etwa Schul- oder Ausbildungsreisen zulässig sind.

Ein solches differenziertes Reiseverbot entspricht der Forderung der FDP, wie sie es im Nationalrat im Zusammenhang mit der Motion [15.3803](#) zum Ausdruck gebracht hat.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Argumente.

Freundliche Grüsse
FDP.Die Liberalen
Die Präsidentin

Handwritten signature of Petra Gössi in black ink.

Petra Gössi
Nationalrätin

Der Generalsekretär

Handwritten signature of Samuel Lanz in black ink.

Samuel Lanz